

Empfohlene Zitierweise: Felder, Ekkehard/Landschoff, Jöran 2019: Kommunikationsgrenzen überwinden: Design-Thinking in der politischen Kommunikation. In: Tanja Gnosa/Kerstin Kallass (Hg.): Grenzgänge. Digitale Festschrift für Wolf-Andreas Liebert, 1-5. Online verfügbar unter: https://www.grenzgaenge.net/FelderLandschoff_Kommunikationsgrenzen-ueberwinden/

Kommunikationsgrenzen überwinden: Design-Thinking in der politischen Kommunikation

EKKEHARD FELDER und JÖRAN LANDSCHOFF

I. Relevanz von linguistischer Expertise in der politischen Analyse von Politiker-Bürger-Interaktionen¹

Politisches Handeln ist zum größten Teil sprachliches Handeln (vgl. Girnth 2015, 37, Felder/Jacob 2017). Die Sprache-und-Politik-Forschung befasst sich als Zweig der Linguistik mit Fragen nach der Distribuierung, Legitimierung und Konstruktion sozialer und politischer Wirklichkeit (vgl. Wengeler/Ziem 2015, 493). Dabei analysieren politolinguistische Studien sowohl Kommunikation im politisch-praktischen Raum, wie zum Beispiel dem Bundestag, als auch deren Kontexte, Kontextualisierung und die Anschlusskommunikation im öffentlichen Diskurs. Äußerungen von Politikern, aber auch solche im öffentlichen Diskurs zu politischen Themen, werden als Texte untersucht, die unter Berücksichtigung ihrer Medialität, Intertextualität und Prozessualität Aufschluss über Perspektivierungen, Haltungen und Einstellungen geben können. Die linguistischen Analyseeinheiten, die zu solchen Untersuchungen herangezogen werden, können sowohl einzelne Ausdrücke als auch ganze Sätze oder über den Einzeltext hinausgehende Strukturen wie beispielsweise wiederkehrende metaphorische Konstrukte sein (zu Methoden der Politolinguistik vgl. Niehr 2014, 63ff.).

Somit wird politische Praxis als symbolische Handlungspraktik verstanden, bei der sprachlich Agierende an unterschiedlichen Stellen im politischen System und der Öffentlichkeit auffindbar sind und jeweils sowohl als Handelnde, also als Sender von Informationen, als auch als Empfänger in Erscheinung treten. Im kommunikationswissenschaftlichen Sinn ist Politik das Herstellen und die Verbreitung von potentiell politische Entscheidung beeinflussenden Botschaften (vgl. Pentzold 2017, 515). Es wird davon ausgegangen, dass strategische kommunikative Akte vollzogen werden, die bestimmte Ziele verfolgen. Solche sind auf Seiten der Parteien in demokratischen Systemen beispielsweise das *Vote-Seeking*, das *Policy-Seeking*, das *Office-Seeking* und das *Democracy-Seeking* (vgl. Pappert 2017, 286). Linguistische Diskursanalysen können feststellen, wann diskursive Strategien von Erfolg geprägt zu sein scheinen, indem dominante Texte zunächst eruiert und anschließend die Gründe für ihre Virulenz im Diskurs auf sprachlicher Ebene analysiert werden (vgl. ebd., 291). Nicht umsonst investieren Parteien in Expertise im kommunikativen Bereich – die Bedeutung der Wahl der richtigen Worte ist seit jeher existentiell für politischen Erfolg.

Korpuspragmatische Ansätze befassen sich mit der Frage nach den Funktions- und Wirkungspotentialen von Äußerungen in Diskursen (vgl. Felder/Müller/Vogel 2012, 12). Die Diskurslinguistik kann demnach für die Untersuchung politischer Kommunikation mit einer großen Methodenvielfalt aufwarten und ist unverzichtbar, wenn Politik in sprachlicher Interaktion auftritt. Gilt das Forschungsinteresse

¹ Im Sinne einer gendersensiblen und inkludierenden Sprache wurden in diesem Text, wo möglich, Ausdrücke für Einzelpersonen gewählt, mit denen unproblematisch generisch auf Individuen egal welchen Geschlechts (weiblich, divers, männlich) referiert werden kann (z.B. »Individuum«, »politisch Teilhabende«). Im Einzelfall war dies aber nicht möglich, weshalb dann auf das generische Maskulinum oder indefinite Bezeichnungen zurückgegriffen wurde (wie hier bei »Politiker-Bürger-Kommunikation«). In solchen Fällen verweist die grammatische Form ausdrücklich und unterschiedslos auf Personen aller sozialen Geschlechter.

der Verbesserung oder Anleitung solcher kommunikativen Praktiken, so scheint es unerlässlich, sich auf die Erkenntnisse aus jahrzehntelanger Forschung zu Sprache und Politik zu bedienen.

2. Kommunikative Interaktionsstörungen (Erwartungshaltungen, Missverstehen) zwischen Politik und Bürgerschaft als ein mögliches Indiz für die Abkehr von Politik (Populismus)

Wie häufig liest oder hört man in Nachrichten und Presse Phrasen wie ›die Bürger wieder erreichen‹ oder ›den Wähler ernst nehmen‹, ›auf die Menschen zugehen?‹ Die Liste ließe sich mit Sicherheit um ein Vielfaches erweitern, indem nur ein paar Zeitungsausgaben, die am Tag nach einer Wahl erschienen, zu Rate gezogen werden. Oberstes Ziel und Interesse politischer Parteien in demokratischen Systemen ist es, ihre Wählerschaft von sich zu überzeugen, wobei sie zugleich als Informationsquelle zur politischen Bildung der Bevölkerung beitragen müssen. Persuasive und informative Ziele vermischen sich somit notwendig in der Auswahl der Kommunikate, weshalb im Allgemeinen nicht von kommunikativer Transparenz ausgegangen werden kann. Aus linguistischer Perspektive sind bei dieser Politiker-Bürger-Kommunikation folgende potenziell problematische Phänomene erwartbar:

1. Verwendete lexikalische Einheiten weisen vielschichtige Bedeutungsdimensionen auf. Aufgrund von **unzureichender Spezifizierung** (vgl. Wengeler/Ziem 2015, 501) entstehen Bedingungen für Missverstehen (Müller 2015) aufgrund von divergenten Form-Bedeutungs-Paaren auf Sender- und Empfängerseite.
2. Die soziale Bedeutung lexikalischer Einheiten verweist qua Typisierung und Schematisierung auf kollektiv bekannte politische Perspektivierungen und Positionierungen (sprachliche Zeichen als Erkennungszeichen, als *Schibboleth*) und können einen **unbeabsichtigten Klientelismus** hervorrufen oder vermuten lassen.
3. Die absichtsvolle Verwendung emotionalisierender und stark perspektivierender Bildsprache kann andere Blickwinkel auf denselben Sachverhalt erschweren, indem bestimmte Situationen sprachlich gerahmt werden und so Voreingenommenheit verstärken (*Framing*).² Die Theorie der konzeptuellen Metaphern argumentiert, dass jede Metapher gewisse Aspekte des mit ihr konzeptualisierten Sachverhalts hervorhebt und andere verbirgt (vgl. Kövecses 2010, 92).

Diese sprachlichen Problemlagen können sowohl auf Seiten der Wählerschaft als auch auf Seiten der Politik zu Frustration führen, wenn Gefühle von Missverstehen und Missverstanden-Werden auftreten. Für politische Persönlichkeiten bedeutet Missverstehen Mehraufwand, weil sie sich erneut erklären, mit Fehlinterpretationen ihres Sprachhandelns aufräumen oder sich sogar entschuldigen müssen. Die viel zitierte und monierte Politikverdrossenheit innerhalb der Bevölkerung (so sie denn tatsächlich empirisch vorhanden ist) ließe sich zu Teilen mit genannter Frustrationserfahrung erklären, laden doch Missverstehen und Missverstanden-Werden dazu ein, sich vergessen, verraten oder verleumdet zu fühlen, was das Vertrauen in repräsentative Politiksysteme schwächt.

Auch die Dialogizität und Qualität der kommunikativen Interaktion zwischen Parlament und Öffentlichkeit ist nicht voraussetzungsfrei. So treten obige sprachliche Schwierigkeiten zu Tage, weil beispielsweise auf unterschiedlichen Seiten der Kommunikation von unterschiedlichen Bedeutungen ausgegangen wird und so sprichwörtlich aneinander vorbeigeredet wird. Politiker müssen zudem möglichst über alle sozialen Milieus und Schichten hinweg Gehör und vor allem Verständnis finden, weshalb von einem sehr heterogenen Bildungsgrad auf Rezipientenseite ausgegangen werden muss. Daraus folgt, dass das Verstehen politischer Ausdrücke in hohem Maße von Erfahrungen mit politischen Kommunikationsgepflogenheiten abhängt und die Strategien beim wahlberechtigten Individuum zumindest ansatzweise bekannt sein müssen.

² Es sei hier angemerkt, dass die Autoren davon ausgehen, dass die Annahme einer neutralen Sprache, die keinerlei Perspektivierung vornimmt, naiv und unangemessen ist. Eine graduelle Qualität von Perspektivierung durch Sprache scheint ein adäquaterer Ansatz.

3. Frage: Wie könnte ein linguistischer Beitrag zur Verbesserung der Politiker-Bürger-Kommunikation aussehen?

Obige Ausführungen sind mitnichten neue Erkenntnisse. Ganz im Gegenteil sind sie für die Politolinguistik und in der politischen Praxis fast trivial und im Alltag erfahrbar. Interessant ist, dass es bisher wenige praktische Anwendungsbereiche für Forschungserkenntnisse aus der Politolinguistik gibt. Dies ist umso erstaunlicher, als Debatten über die Verrohung des öffentlichen Diskurses, der Beeinflussung der Bürgerschaft durch etwa den Populismus in Europa oder auch sogenannte »Fake News« in der öffentlichen Debatte allgegenwärtig sind. Man könnte doch annehmen, dass solche Debatten förmlich nach professioneller Hilfe schreien. Die Linguistik müsste aus unserer Sicht auch den Ehrgeiz entwickeln, die Politiker-Bürger-Kommunikation zu verbessern oder zumindest Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie besser gelingen könnte.

Semantische Probleme etwa könnten abgeschwächt werden, indem beim Lesen politischer Texte *ad hoc* Erläuterungen zu einzelnen Ausdrücken zur Verfügung gestellt würden, die sich der Ergebnisse diskurslinguistischer Untersuchungen bedienen. Ein Beispiel: Forschungseinblicke in die Besetzungs- und Umwertungsstrategien politischer Begriffe durch Parteien und politische Akteure (vgl. dazu Klein 2017) können dafür verwendet werden, dem Lesenden politischer Texte aufzuzeigen, welche politischen Stoßrichtungen und Tendenzen die Verwendung eines bestimmten Vokabulars anzeigen kann. Nicht jedem sind die Verwendungsstrategien von Hochwert-, Programm-, Fahnen- und Stigmawörtern bekannt. Gleichmaßen müssen Redestrategien im Paradigma des Semantischen Kampfes hinsichtlich Bezeichnungskonkurrenzen (»Flüchtlinge« versus »Geflüchtete«), Bedeutungsfixierungsversuche wie bei dem Hochwertwort »Generationengerechtigkeit« (Politiker versuchen diesen deontisch positiv aufgeladenen Bezugspunkt in die eigenen Sprachspiele zu integrieren) und Sachverhaltsfixierungsversuche (sprachliche Wirklichkeitsfixierung mit Sätzen wie »Die Spareinlagen sind sicher« von Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Steinbrück am 5. Oktober 2008 – als Beruhigung zu Beginn der sog. Finanzkrise gedacht) offengelegt werden (vgl. Felder 2006).

Was in der öffentlichen Debatte an linguistischem Analysewerkzeug bekannt ist, wurde an der Art und Weise deutlich, wie das Medienecho nach Frauke Petrys Versuch im September 2016, den Ausdruck »völkisch« wieder positiv zu besetzen, zeigt.³ Eine Auseinandersetzung mit der Begriffsgeschichte dieses Ausdrucks mag als demokratische Pflichterfüllung angesehen werden, ob diese in der Praxis aber vorkommt, ist höchst fraglich. In jedem Fall bedeutet sie für jeden politisch Teilhabenden einige Mühe. Eine App, die beim Lesen politischer Texte auf mobilen Endgeräten Filter für beispielsweise Fahnenwörter anzeigen könnte, würde diese Mühe beachtlich reduzieren und nebenbei zur politischen Bildung beitragen können. Auch weitere Filter wären denkbar, etwa solche, die Metapherngebrauch anzeigen, der als besonders tendenziös zu gelten hat.

4. Das Heidelberger Pilot-Projekt: Design-Thinking-Workshop zur Entwicklung einer Abgeordneten-App

Angestoßen von diesen Überlegungen sowie den Erfahrungen aus zwei Oberseminaren der Germanistischen Linguistik an der Universität Heidelberg soll im Wintersemester 2019/20 gemeinsam mit Studierenden die Grundlage für eine wie oben beschriebene Angewandte Linguistik erarbeitet werden. Zentrales Element ist ein Workshop, in dem der Prototyp einer App für die Abgeordneten-Bürger-Kommunikation entwickelt wird. Er soll am Ende des Semesters stehen, währenddessen in einem Oberseminar allgemeine polito- und diskurslinguistische Theorien und Methoden erörtert, diskutiert und behandelt werden. Zusätzlich erhalten die Studierenden die Möglichkeit, Bundestags- oder Landtagsabgeordnete einen Tag in ihrem Wahlkreis zu begleiten. Es soll ihnen so ein Einblick in den politischen Alltag ermöglicht werden, den sie aus Sicht eines an Kommunikation und Sprache Interessierten beobachten sollen. Das Seminar einschließlich dieses »Minipraktikums« bilden den Hintergrund für den

³ Siehe exemplarisch dazu Biermann 2016 (online unter: <https://www.zeit.de/kultur/2016-09/frauke-petry-afd-voelkisch-volk-begriff-geschichte>), und insbesondere die Leserdebatte in den Kommentarseiten.

Workshop selbst, der im Zeichen des Design-Thinkings steht und gemeinsam mit Vasco Schmidt (SAP SE) durchgeführt wird.

Design-Thinking ist eine kooperative Methode zur Bündelung von Fähigkeiten und Kenntnissen von Individuen in einer Gruppe, die ein als gemeinsam wahrgenommenes Problem lösen wollen. Design-Thinking ist mittlerweile in den meisten Firmen ein etabliertes Verfahren, das zur Innovationsfindung herangezogen wird (vgl. Schmiedgen et al. 2015, 50). Die Großgruppe wird dazu in kleinere Teilgruppen gegliedert, sodass ein Team aus Teams entsteht, die zunächst unabhängig operieren. Die Design-Thinker erhalten eine für Gruppenarbeit vorbereitete Umgebung, in der sie alle für ihr Unterfangen nötigen Bedingungen sowie Materialien vorfinden. In einem in fünf Schritte unterteilten Prozess sollen so optimale Voraussetzungen für Kreativität und Innovationsgeist gefördert werden, wobei die fünf Phasen iterativ und nicht notwendig linear verlaufen. Je nach Verlauf müssen einzelne Schritte wiederholt werden.

Der erste Schritt ist die Vergegenwärtigung, Konkretisierung und das Austarieren des Problems. Hier kommen die Seminar- und Praktikumserfahrungen ins Spiel, die es den Studierenden ermöglichen, aus verschiedenen Perspektiven informierte Aussagen über Schwierigkeiten und Desiderate zu machen. Die zweite Phase dient der Zuspitzung der abstrakten Problemlage auf einen konkreten Fall, den es zu lösen gilt. Diese Phase ist auf den Nutzer ausgerichtet – in unserem Fall das *zoon politikon*. Als Drittes werden möglichst viele Lösungsvorschläge generiert, die zunächst gleichwertig nebeneinanderstehen. In dieser kreativen Brainstorming-Phase ist die Kooperationsfähigkeit besonders gefragt. Aus den erarbeiteten Ideen werden im vierten Schritt Prototypen entwickelt. Diese können die Form von möglichst konkreten Design-Skizzen, aus einfachen Materialien erstellten Objekten oder auch darstellbaren Prozessabläufen annehmen. Entscheidend ist, dass an dieser Stelle die Idee zur Lösung des Problems sichtbar und nachvollziehbar wird. Letztlich wird eine Evaluierungs- oder Testphase eingeläutet, in der Feedback gesammelt und möglicher Raum zur Optimierung diskutiert wird.

Die Studierenden werden demnach in Teamarbeit mögliche Probleme der Politiker-Bürger-Kommunikation erarbeiten, um anschließend gemeinsame Lösungen zu diskutieren, die in eine nutzerorientierte Software integriert werden könnten. Auf diese Weise erhalten die Studierenden nicht nur eine praxis- und berufsbezogene Sicht auf ihr eigenes Fach, sondern lernen auch den Ansatz des Design-Thinkings kennen, der im unternehmerischen Milieu zunehmend an Bedeutung gewinnt, da er nicht nur die Zusammenarbeit fördert, sondern durch die frühe Berücksichtigung von Nutzerwünschen und -rückmeldungen attraktive und erfolgreiche Innovationen verspricht (vgl. Schmiedgen et al. 2015, 101). Ob sich tatsächlich eine App aus den gewonnenen Ergebnissen entwickeln lässt, steht bei dem Pilotprojekt dabei nicht im Vordergrund. Nachdem die Linguistik ihre Relevanz bei der Analyse von Politiker-Bürger-Interaktionen mehrfach bewiesen hat, steht nun Versuch an, ihre Erkenntnisse in einem praxisnahen Workshop bei der Gestaltung von Software fruchtbar einzubringen.

Literatur

- Felder, Ekkehard 2006: Semantische Kämpfe in Wissensdomänen. Eine Einführung in Benennungs-, Bedeutungs- und Sachverhaltsfixierungs-Konkurrenzen. In: ders. (Hg.): Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften. Berlin/New York: De Gruyter, 13-46 (= Linguistik – Impulse und Tendenzen 19).
- Felder, Ekkehard/Jacob, Katharina 2017: Diskurse. In: Niehr, Thomas/Kilian, Jörg/Wengeler, Martin (Hg.): Handbuch Sprache und Politik. Bremen: Hempen, 389-406.
- Felder, Ekkehard/Müller, Marcus/Vogel, Friedemann 2012: Korpuspragmatik. Paradigma zwischen Handlung, Gesellschaft und Kognition. In: dies. (Hg.): Korpuspragmatik. Thematische Korpora als Basis diskurslinguistischer Analysen. Berlin/Boston: De Gruyter, 3-30.
- Girnth, Heiko 2015: Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Klein, Josef 2017: Um Begriffe kämpfen. In: Niehr, Thomas/Kilian, Jörg/Wengeler, Martin (Hg.): Handbuch Sprache und Politik. Bremen: Hempen.

- Kövecses, Zoltan 2010: *Metaphor. A Practical Introduction*. New York: Oxford University Press.
- Müller, Marcus 2015: Sprachliches Rollenverhalten. Korpuspragmatische Studien zu divergenten Kontextualisierungen in Mündlichkeit und Schriftlichkeit. Berlin/Boston: De Gruyter (= Sprache und Wissen, 19).
- Niehr, Thomas 2014: *Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden*, Stuttgart/Göttingen: UTB.
- Pappert, Steffen 2017: Parteien als Akteure. In: Roth, Kersten Sven/Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hg.): *Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft*. Berlin/Boston: De Gruyter, 280-297.
- Pentzold, Christian 2017: Kommunikationswissenschaft. In: Roth, Kersten Sven/Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hg.): *Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft*. Berlin/Boston: De Gruyter, 514-532.
- Schmiedgen, Jan/Rhinow, Holger/Köppen, Eva/Meinel, Christoph 2015: Parts Without a Whole? The Current State of Design Thinking Practice in Organizations. In: Technische Berichte des Hasso-Plattner-Instituts für Softwaresystemtechnik an der Universität Potsdam, Universitätsverlag Potsdam.
- Wengeler, Martin/Ziem, Alexander 2014: Sprache in Politik und Gesellschaft. In: Felder, Ekkehard/Gardt, Andreas (Hg.): *Handbuch Sprache und Wissen*. Berlin/Boston: De Gruyter, 493-518.

Online-Quelle

- Biermann, Kai 2016: ›Völkisch‹ ist nicht irgendein Adjektiv. In: ZEIT Online. Aufrufbar unter: <https://www.zeit.de/kultur/2016-09/frauke-petry-afd-voelkisch-volk-begriff-geschichte>, zuletzt abgerufen am 04.06.19.